Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3262

12. 10. 79

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 17. Oktober 1979

am Donnerstag, dem 18. Oktober 1979

Seite

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Fällt der Regimekritiker bzw. Menschenrechtskämpfer Rainer Bäurich unter die jüngste Amnestie der DDR, und wann ist nach den Erkundigungen, die von der Bundesregierung eingezogen worden sind, mit seiner Freilassung zu rechnen?

2. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Amnestie der DDR zu einer nachhaltigen Verringerung der politischen Häftlinge in der DDR führen, oder muß damit gerechnet werden, daß die durch die Amnestie frei gewordenen Plätze in den DDR-Haftanstalten in nächster Zeit mit neuen Häftlingen belegt werden, die der politischen Strafjustiz der DDR zum Opfer fallen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Erklärung aufrecht, daß die nun schon über vier Jahre währende Verzögerung der Neufassung der Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung auf die Berücksichtigung der „in jüngsten Spionagefällen gewonnenen Erfahrungen" zurückzuführen sei, oder sind für diese Verzögerung nicht vielmehr schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten im Kabinett verantwortlich?

4. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Wann wird voraussichtlich der Zeitpunkt „demnächst" erreicht sein, zu dem das Bundeskabinett nach seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 25. Mai 1979 die Neufassung der Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Bundesbediensteten zu verabschieden gedenkt?

5. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Sind – wie die Presse meldete – für einige Bundesminister neue Sicherheitsrichtlinien nur dann akzeptabel, wenn sie keine ernsthafte Hürde mehr für die Übernahme in den Bundesdienst und die Übertragung sicherheitsempfindlicher Dienstposten darstellen?

6. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Wie ernst nimmt die Bundesregierung die durch eine von ihr selbst eingesetzte Kommission bereits vor über vier Jahren festgestellten erheblichen Unzulänglichkeiten der Sicherheitsrichtlinien von 1971 im Vergleich zu den Bedenken einiger ihrer Mitglieder, die nach ihrem politischen Selbstverständnis grundsätzlich strengere Regelungen auf irgendeinem Gebiet der inneren Sicherheit ausschließen?

7. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Mitteilung des nordrhein-westfälischen Innenministers Burkhard Hirsch bestätigen, nach der die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) einen deutlichen „Mitgliederschwund" aufweise, der unter anderem auch durch eine Parteibuchumtauschaktion am Anfang dieses Jahrs verursacht worden sei, und kann die Bundesregierung darüber hinaus bestätigen, daß auch Meinungsabweichungen beim Parteinachwuchs der DKP eine politische Krise der DKP aufzeigen?

8. Abfeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Rundfunkanstalten welche ihrer Sendungen täglich mit der Nationalhymne beenden, und ist die Bundesregierung bereit, die Rundfunkanstalten zu bitten, alle ihre Sendungen täglich mit der Nationalhymne abzuschließen, bzw. die Nationalhymne vor den Nachrichtendiensten um 24 Uhr zu spielen?

9. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wie viele politische Flüchtlinge aus Argentinien und anderen lateinamerikanischen Staaten sind nunmehr in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden, sind damit die ursprünglichen Zusagen eingehalten worden, und falls nein, warum konnten sie immer noch nicht eingehalten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Trifft für Bürger, die auf Grund ihrer Homosexualität in nationalsozialistischen Konzentrationslagern interniert waren oder durch andere Gewaltmaßnahmen verfolgt wurden, die Definition des Bundesentschädigungsgesetzes zu, nach der die Anspruchsberechtigten solche Personen sind, die „aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt" wurden, und wenn nein, welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

11. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Müßte die Begriffsbestimmung des § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes, wer als Verfolgter des Naziregimes anerkannt wird, nicht auf alle Minderheiten ausgedehnt werden, deren verschärfte Verfolgung – unabhängig von üblicher Strafverfolgung und Abbüßen von Gefängnisstrafen – sich aus der Ideologie des Nationalsozialismus ergibt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

12. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Worin sieht die Bundesregierung die verfassungsrechtliche Garantie für die funktionelle Unabhängigkeit bei allen von der Notenbank zu treffenden Entscheidungen zur Sicherung unserer Währung, wenn nach der herrschenden Staatslehre die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank gegenwärtig kein verfassungsrechtlich geschütztes Grundelement unseres Staatsgefüges ist?

13. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die verfassungsmäßige Verankerung der Unabhängigkeit der Notenbank durch Abänderung der heutigen Fassung des Artikels 88 des Grundgesetzes zu unterstützen, oder sofern sie sich nicht in der Lage sieht, die Versicherung abzugeben, daß trotz fehlender ausdrücklicher Verfassungsgarantie die gesetzliche Verankerung der Unabhängigkeit der Notenbank nicht angetastet werden wird?

14.	Abgeordneter **Bindig** (SPD)	Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, warum und zum Schutze welcher konkreten Interessen auf die Einfuhr von ganzen, kopflosen oder zerteilten Haien (vgl. Ziffer 03.01 des Gemeinsamen Zolltarifs) aus Entwicklungsländern (B-Länder) in die EG ein Zollsatz von 4 v. H. erhoben wird, und wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache der Zollerhebung unter entwicklungspolitischem Aspekt?
15.	Abgeordneter **Bindig** (SPD)	Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, warum und zum Schutz welcher konkreten Interessen bei der Einfuhr aus Entwicklungsländern (B-Länder) in die EG auf „weder gemahlene noch sonst zerkleinerte Muskatnüsse" 2 v. H. Zoll erhoben wird, während „gemahlene oder sonst zerkleinerte Muskatnüsse" mit 3 v. H. Zoll belegt sind, und wie beurteilt die Bundesregierung sowohl die Tatsache der Zollerhebung als auch die Differenzierung des Zolltarifs unter entwicklungspolitischem Aspekt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

16.	Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung (gegebenenfalls mit welchem Ergebnis) die Möglichkeit untersucht, die zugunsten der zwischenzeitlich in Konkurs gegangenen Firma Beton- und Monierbau AG auf Grund einer Besprechung in Düsseldorf am 13. Juli 1978 gewährte Bürgschaft in Höhe von 50 Millionen DM anzufechten, nachdem der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen laut Presseberichten hinsichtlich der vier Monate vorher gewährten Landesbürgschaft u. a. festgestellt hat, daß das Land die Bürgschaft nicht gewährt hätte, wenn die Westdeutsche Landesbank ihr Wissen um die Finanzlage des Unternehmens vollständig offenbart hätte und daß das Land aus der Bürgschaft nicht in Anspruch genommen werden könne?
17.	Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)	Hat – wie der „Spiegel" vom 1. Oktober 1979 meldete –, Bundesfinanzminister Matthöfer beschlossen, „daß auch Bonn nicht für seine BuM-Bürgschaft (50 Millionen DM) geradestehen wird"?
18.	Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)	War den Vertretern der Bundesregierung in der Besprechung am 13. Juli 1978 in der Staatskanzlei in Düsseldorf, in der nach der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. Oktober 1979 veröffentlichten Dokumentation Staatssekretär Lahnstein „die Bereitschaft des Bundesfinanzministers für die Stellung einer Bundesbürgschaft in Höhe von bis zu 50 Millionen DM" zugunsten der Firma Beton- und Monierbau AG mitteilte, bekannt, daß am Tag vorher ausweislich des Protokolls der Aufsichtsratssitzung der Firma Beton- und Monierbau AG vom 12. Juli 1978 gemäß Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. Oktober 1979 „der Tatbestand der Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens von keinem Teilnehmer bestritten wurde" und der Vorstand die „Auflage" erhielt, die „vorbereitenden Vergleichsuntersuchungen durchzuführen"?

19. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Wie werden üblicherweise Anträge auf Gewährung von Bundesbürgschaften durch die Treuarbeit vor Bürgschaftsgewährung überprüft, und welcher Zeitaufwand ist dafür üblicherweise erforderlich?

20. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Inwieweit ist der von der Firma Beton- und Monierbau AG an den Bund gestellte Bürgschaftsantrag vor Bürgschaftsgewährung durch die Treuarbeit überprüft worden.

21. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Welcher Zeitaufwand stand gegebenenfalls der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft dafür zur Verfügung und durch welche Maßnahmen (z. B. Einsichtnahme in die Bücher, örtliche Prüfung) wurden die Angaben des Unternehmens von der Wirtschaftsprüfergesellschaft überprüft?

22. Abgeordnete **Frau Dr. Balser** (SPD)

Könnte nach Meinung der Bundesregierung der – sehr erhebliche – Strombedarf der Elektrogeräte im Haushalt durch das Festlegen von verbindlichen Verbrauchsnormen um etwa 50 v. H. reduziert werden, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, tätig zu werden, damit verbindliche Verbrauchsnormen (oder zumindest Richtwerte) für sparsamen Gebrauch der Haushaltsgeräte festgelegt und bei neuen Geräten angezeigt werden müssen?

23. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Ist der Bundesregierung das negative Ergebnis der von der Verbraucherzentrale Niedersachsen erstellten Marktuntersuchung im Elektroeinzelhandel, die das Ziel hatte, die Anwendung der Produktinformation im Produktbereich „Weiße Ware" zu ermitteln, bekannt, und welche Folgerungen kann sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit unter Berücksichtigung der von ihr erklärten Bereitschaft ziehen, die Produktinformation im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen?

24. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Erstrecken sich die von den deutschen Töchtern ausländischer Mineralölgesellschaften über ihre Ertragsentwicklung der Bundesregierung regelmäßig gelieferten Daten auch auf die Verrechnungspreise, die ihnen von den ausländischen Muttergesellschaften für Rohöl und Rohölprodukte in Rechnung gestellt werden, und hat – gegebenenfalls – die Bundesregierung einen Überblick darüber, wie sich diese Verrechnungspreise jeweils zu den Einstandskosten der Muttergesellschaften verhalten?

25. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und gegebenenfalls inwieweit bei Berücksichtigung der Wechselkursentwicklung die Gestaltung der Verrechungspreise, die die Muttergesellschaften transnational tätiger Mineralölgesellschaften ihren ausländischen Tochtergesellschaften ihn Rechnung stellen, Zwecken der Steuerminimierung oder anderen konzernpolitischen Zwekken diente oder dient?

26. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wie sich die Gewinnentwicklung der Mineralölgesellschaften im laufenden Jahr darstellt, die an inländischer Förderung von Öl und Gas beteiligt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

27. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die für die in der Landwirtschaft verwendeten Geräte zum Spritzen von Giftstoffen zur Schädlingsbekämpfung eine regelmäßige technische Überwachung vorschreiben?

28. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, finanzielle Hilfen bereitzustellen für Landwirte, die auf biologischen Anbau umstellen wollen, um die ersten zwei Jahre, in denen der Ertrag geringer ist, zu überbrücken?

29. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung möglicherweise entgangen, daß die in der EG-Richtlinie vom 21. Dezember 1976 (77/94 EWG) zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, angeführte Frist zur Umsetzung der in der Richtlinie enthaltenen Vorschriften in nationales Recht bereits längst überschritten ist, und was unternimmt die Bundesregierung, um das Verfahren der Umsetzung zu beschleunigen?

30. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, da sie die in Frage 29 erwähnte EG-Richtlinie noch nicht in deutsches Recht umgesetzt hat, gegen die offensichtliche Verunsicherung der deutschen Verbraucher, die daraus resultiert, daß Hersteller pflanzlicher Fette und Öle immer noch mit wissenschaftlich nicht mehr vertretbaren Argumenten gesundheitsbezogen werben?

31. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mehraufwendungen der deutschen Landwirtschaft für Gasöl für die Jahre 1977, 1978 und für das laufende Jahr 1979?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Meinung des Arbeitsamts Weiden, wonach Mitgliedern des Verwaltungsausschusses keine Einzelinformationen über Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz an einzelne Unternehmen (wie z. B. Eingliederungsbeihilfen oder Anlernzuschüsse) gegeben werden können?

33. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Haben die Grundsätze der Vertraulichkeit und Neutralität Vorrang vor dem Anspruch auf Information eines Verwaltungsausschußvorsitzenden, und hält die Bundesregierung die Einschränkung des Informationsrechts (§ 191 des Arbeitsförderungsgesetzes) eines Mitglieds der Selbstverwaltung für vertretbar?

34. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche Schwerbehinderte auf die Benutzung der insbesondere in Einzugsgebieten von Großbetrieben eingerichteten, betrieblichen Beförderungsdienste angewiesen sind, eine unentgeltliche Beförderung für

diese Schwerbehinderten jedoch auch nach dem 1. Oktober 1979 nicht in Betracht kommt, da die Gewährung von Zuschüssen an Arbeitgeber bisher nicht vorgesehen ist, und sieht die in Vorbereitung befindliche Verordnung über Leistungen der Kraftfahrzeughilfe zur beruflichen Rehabilitation hier eine positive Regelung vor, bzw. welche Möglichkeiten der Hilfe für Behinderte soll die Verordnung über Leistungen der Kraftfahrzeughilfe geben?

35. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Gruppen von besonders schwerbehinderten Mitbürgern wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung weder öffentliche Verkehrsmittel noch ein eigenes Kraftfahrzeug benutzen können, sondern auf Privat-Taxis angewiesen sind, so daß sie die im Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten vorgesehene Vergünstigung nicht in Anspruch nehmen können, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, auch diesen Schwerbehinderten die kostenlose Beförderung zu ermöglichen?

36. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß mit dem Fünften Rentenversicherungsänderungsgesetz nur schwerbehinderten Männern der frühere Rentenbezug ermöglicht ist, nicht aber schwerbehinderten Frauen im Vergleich zu ihren gesunden Kolleginnen, die auch ohne Behinderung die Möglichkeit haben, ab dem 60. Lebensjahr Renten zu beziehen, und wie gedenkt die Bundesregierung diese Benachteiligung schwerbehinderter Frauen zu beseitigen?

37. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft bestätigen, daß ein gegenwärtiger Fehlbedarf von 28 000 Schwestern und Pflegern sich bis 1985 auf 60 000 erhöhen wird, und wenn ja, welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, dieser Entwicklung mit gesetzlichen Maßnahmen zu begegnen?

38. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die Arbeitszeitordnung zu verändern, um Mädchen den Zugang zu allen Berufen zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

39. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für eine gerechte Regelung, daß den geschiedenen Soldaten der Rentenanspruch der geschiedenen Frau bei Erreichen des Rentenalters abgezogen wird, obwohl die Soldaten im Vergleich zu den Beamten zwischen fünf und zwölf Jahre eher pensioniert werden und nicht die Möglichkeit haben, bis 65 Jahre ihren Dienst zu versehen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung, wenn sie dies als eine unzumutbare Härte den Soldaten gegenüber ansieht?

40. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach den Bestimmungen des Haushaltsstrukturgesetzes 1975 für Soldaten auf Zeit der finanzielle Anreiz zur Weiterverpflichtung wesentlich verringert worden ist, daß insbesondere für auf acht Jahre Verpflichteten bei der Weiterverpflichtung auf zwölf Jahre keine materielle Verbesserung mehr gewährt wird und dies sich bereits drastisch im negativen Sinn auf die Verpflichtungsbereitschaft ausgewirkt hat, und welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

41. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie die Presse meldete – Bundesverteidigungsminister Dr. Apel bei einem Pressegespräch in Washington den Eindruck erweckt hat, daß Nato-Modernisierungsprogramm habe bei einer Ablehnung oder Verzögerung des SALT II Vertrags durch den US-Senat keine reelle Chance, und wie ist gegebenenfalls diese Aussage vereinbar mit dem Standpunkt von Bundesaußenminister Genscher, daß die westliche „Nachrüstung“ nach dem im Dezember fälligen Nato-Beschluß unverzüglich eingeleitet werde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

42. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig und wird sie einleiten, damit die Anerkennung des Berufs des Fußpflegers gesetzlich geregelt wird?

43. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Suchtkranke nach Abschluß der klinischen Behandlung und Stabilisierung vielfach entlassen und der hohen Gefahr eines Rückfalls ausgesetzt werden müssen, weil die Krankenkassen nicht mehr bereit sind, die Kosten zu tragen und die Rentenversicherungsträger etwa acht Wochen benötigen, um über Anträge auf Kostenübernahme für medizinische Maßnahmen der Rehabilitation zu entscheiden, und was wird die Bundesregierung tun, um ein Verfahren einzurichten, daß den nahtlosen Übergang von der körperlichen Entgiftung und Motivation zur Suchtlangzeitbehandlung sicherstellt?

44. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß von der Ermächtigung für Standardzulassungen nach § 36 des Arzneimittelgesetzes nur restriktiv Gebrauch gemacht wird, wie dies im Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit vom 28. April 1976 (Drucksache 7/509, Seite 16) gefordert wird?

45. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesgesundheitsamt Zweitanmeldern die unbegrenzte Berufung auf die vertraulichen und den Zweitanmeldern unbekannten Unterlagen des Erstanmelders erlaubt, und wie vereinbart sie dies mit der restriktiven Handhabung der Ermächtigung zur Standardzulassung nach § 36 des Arzneimittelgesetzes?

46. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Wann rechnet die Bundesregierung mit dem Inkrafttreten der Heimmindestverordnung (Personal), der der Bundesrat nach Verschlechterung des Personalschlüssels am 22. Juni 1979 zugestimmt hatte?

47. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung Maßnahmen und gegebenenfalls welche, um den prozentualen Anteil der auf sogenannten Indikationen beruhenden Schwangerschaftsabbrüche zu vermindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

48. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Mit welchen Gründen haben sich die Vertreter des Bundes in Aufsichtsrat- und Gesellschafterversammlung der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) für eine Erhöhung der Tarife und Gebühren im Verkehrsverbundnetz München und Region eingesetzt?

49. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Hat sich Haltung und Planung der Bundesregierung bezüglich einer Autobahnstrecke A 81 zwischen Leonberg und Gärtringen seit ihrer Antwort an den Abgeordneten Dr. Stark vom 15. Dezember 1978 geändert?

50. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Gibt es neue Erkenntnisse, die die Bundesregierung veranlassen könnten, diese Strecke aus dem Bedarfsplan 1980 zu streichen?

51. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, daß durch die Einnahme von Medikamenten, hauptsächlich Beruhigungsmittel, mehr Unfälle als durch Alkohol am Steuer verursacht wurden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen?

52. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß die Deutsche Bundesbahn im Winterfahrplan 1979/80 auch im Nahverkehr der Großstädte überwiegend Eilzüge anstelle der bisherigen Nahverkehrszüge einsetzt und damit die mit Wirkung vom 1. Oktober 1979 eingeführte Freifahrtberechtigung für Schwerbehinderte in ihrem (bundeseigenen) Bereich praktisch außer Kraft setzt, da die Benutzung von Eilzügen von der Freifahrtberechtigung ausgeschlossen ist?

53. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Geht auch die Bundesregierung – wie die Illustrierte „Stern" in einem am 30. August 1979 veröffentlichten Beitrag – davon aus, daß an den Ampeln unserer Städte Milliarden von Litern Benzin vergeudet werden und durch die Pkw-Abgase eine unnötige Luftverschmutzung entsteht, und wenn ja, welche Folgerungen kann die Bundesregierung daraus innerhalb ihres Kompetenzbereichs ziehen?

54. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Wird gegen den Bundesbahndirektor a. D. Hans Kroker wegen seiner Äußerungen gegenüber der Hamburger Journalistin Renate Harpprecht ein Disziplinarverfahren eingeleitet, und wenn ja, wieweit sind die entsprechenden Vorbereitungen gediehen?

55. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Sind die Bedenken des Bundesdisziplinaranwalts gegen die Einleitung eines Verfahrens nach Auffassung der Bundesregierung unberechtigt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

56. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Welche konkreten Ergebnisse hat der Betriebsversuch der Deutschen Bundespost mit der Auslage von Versandhauskatalogen in Postämtern gebracht?

57. Abgeorneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Auslage von Katalogen nur wenigen Großversandhäusern angeboten wird, und führt dies nicht zu Wettbewerbsverzerrungen insbesondere gegenüber dem Einzelhandel?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

58. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird nach Einschätzung der Bundesregierung die staatliche Energiesparzulage auf Grund des Energieeinsparungsgesetzes vom 30. Juni 1978 für den Antragsteller gemindert durch Kosten im Zusammenhang mit der Beantragung der Energiesparzulage, Kosten auf Grund der Erhöhung des Einheitswerts bzw. der Grundsteuer bei Wohnungen infolge der Energiesparzulage, Preissteigerungen insbesondere bei wärmedämmenden Materialien infolge der starken Nachfrage und Zwischenkreditkosten zur Vorfinanzierung der Energiesparzulage?

59. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Kann aus der Erklärung des Bundesbauministers, zum Jahresbeginn 1981 solle eine weitere Verbesserung des Wohngeldgesetzes wirksam werden (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 1979), dahin verstanden werden, daß die Bundesregierung, insbesondere auch der Bundesfinanzminister, ihre ablehnende Haltung mittlerweile aufgegeben haben?

60. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Welchen Kostenaufwand wird die Novelle zum Wohngeldgesetz, an der das Bundesbauministerium zur Zeit im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion arbeitet, mit sich bringen?

61. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung den Einbau von Wärmepumpen in Wohnhäusern verstärkt zu fördern, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Möglichkeit einer 60prozentigen Abschreibung der bei der Anschaffung der Wärmepumpen entstehenden Kosten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

62. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich alle in der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats vertretenen Wissenschaftler für Kiel als Standort des Instituts für Polarforschung ausgesprochen haben?

63. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Hat – wie die Presse meldete – Bundesminister Dr. Hauff dem Bremer Wissenschaftssenator wenige Tage vor der Bremer Bürgerschaftswahl mitgeteilt, daß er dem Bundeskabinett den Standort Bremen/Bremerhaven vorschlagen wird, und hat er dem Senator die Gründe aus dem Entwurf seiner Kabinettvorlage bekanntgegeben?

64. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem § 1 Abs. 2 des Zonenrandförderungsgesetzes bei der Standortwahl neuer Forschungseinrichtungen bei?

65. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Welche Haltung hat die Bundesregierung in der Vergangenheit in der Frage eingenommen, ob bei einer Entscheidung über den Standort neuer Forschungseinrichtungen neben wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten auch eine ausgewogene regionale Verteilung zu berücksichtigen ist?

66. Abgeordneter **Besch** (CDU/CSU)

In welcher Weise haben sich die Vertreter der Bundesregierung in den Gremien der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung bisher für eine ausgewogene regionale Verteilung der Fachinformationssysteme eingesetzt?

67. Abgeordneter **Besch** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen haben sich die Vertreter der Bundesregierung in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung bisher für Hamburg als Standort des Fachinformationssystems Wirtschaft ausgesprochen, obwohl der vom Bundesforschungsminister in Auftrag gegebene Planungsbericht zum Fachinformationssystem Wirtschaft die Standorte Hamburg und Kiel vorschlägt?

68. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

In welcher Weise haben die Vertreter der Bundesregierung bei den Standortentscheidungen der Max-Planck-Gesellschaft auf eine ausgewogene regionale Verteilung der Einrichtungen der MPG hingewirkt?

69. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen wird das Fraunhoferinstitut für naturwissenschaftlich-technische Trendanalysen in Stohl bei Kiel nach Nordrhein-Westfalen verlegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

70. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Wie kann sichergestellt werden, daß ein 15jähriger Sozialhilfeempfänger und seine Familie bei seinem Übergang auf eine Fachschule und damit in die BAföG-Förderung bezüglich Unterhalt und Wohngeld nicht schlechter gestellt werden als bei Fortführung der Sozialhilfe?

71. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wieviel Verhaftungen sind beim Reiseverkehr von West-Berlin nach Ost-Berlin seit Inkrafttreten des Viermächteabkommens über Berlin am 3. September 1971 registriert, und wieviel Prozesse sind diesen Verhaftungen in Ost-Berlin gefolgt?

72. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung als Instrument einer verfassungskonformen Interpretation der Ostverträge mißt die Bundesregierung der Gemeinsamen Entschließung des Bundestages vom 17. Mai 1972 zu?

73. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Abkommen über die Errichtung eines Wissenschaftsrats über den 30. Juni 1980 hinaus zu verlängern?

74. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Beabsichtigt sie, sich für die Beibehaltung des bestehenden Textes einzusetzen?

75. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung bisher immer den Empfehlungen und Stellungnahmen des Wissenschaftsrats zur Standortwahl neuer Forschungseinrichtungen gefolgt ist?

76. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Hat – wie die Presse meldete – Bundesminister Dr. Schmude in Bremen am 10. September 1979, also vor den Bürgerschaftswahlen, erklärt, das Bundeskabinett wolle zum Standort des Polarforschungsinstituts eine Sachentscheidung und keine Entscheidung im Hinblick auf die Wahlen treffen?

77. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem ersten Modellversuch „Mädchen in Männerberufen" gemacht?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

78. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das im Rechtsstreit der Firma KG in Heinrich Bauer Verlag München gegen die Firma Gruner + Jahr AG & Co. und vier andere beim Oberlandesgericht München, in dem es um den Vorwurf der Illustrierten „Stern" geht, der frühere Redaktionschef der Illustrierten „Quick", Heinz Losecaat van Nouhuys, sei Doppelagent für den Bundesnachrichtendienst und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR gewesen, offensichtlich gewordene Zusammenwirken zwischen der Redaktion des „Stern", Bonner Politikern, Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR sowie dem damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Grabert, und den ihm unterstellten hochrangigen Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes, u. a. dem zwischenzeitlich in den einstweiligen Ruhestand versetzten Vizepräsidenten Blötz und dem Abteilungsleiter Rieck?

79. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß unter Mitwirkung des damaligen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Grabert, des damaligen Vizepräsidenten Blötz und des Abteilungsleiters Rieck Material aus dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR geprüft wurde mit dem erkennbaren Zweck, einen Vertreter der Presse und profilierten Gegner der von der SPD/FDP-Koalition betriebenen Ost- und Deutschlandpolitik mit dem bis heute unbewiesenen Vorwurf der Doppelagentenschaft zu überziehen, und wenn ja, unter welchem Gesichtspunkt?

80. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung zwischenzeitlich Kenntnis darüber verschafft, auf welche Weise ein Redakteur des „Stern“ im Sommer 1973 von mit den Problemen der Ostpolitik besonders vertrauten Bonner Politikern den Hinweis erhalten hat, daß Herr van Nouhuys in den 50er Jahren für den Staatssicherheitsdienst der DDR und auch für den Bundesnachrichtendienst tätig gewesen sei, u. a. mit dem Auftrag, den CDU-Politiker Ernst Lemmer in Berlin zu bespitzeln?

81. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung die Beteiligung von Spitzenbeamten des Bundesnachrichtendienstes bei der Überprüfung der gegen Herrn van Nouhuys dem „Stern“ zur Verfügung gestellten Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR angesichts der Unzuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes bei der innenpolitischen Aufklärung gerechtfertigt werden?

82. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß dem Berliner Senat vom Bundeskanzleramt über die Höhe der Kosten des „Kanzlerfestes“ am 6. Oktober 1979 in der Philharmonie mitgeteilt wurde, daß über derartige interne Finanzdinge grundsätzlich Stillschweigen gewahrt werde, oder handelt es sich um eine Fehlinformation seitens des Berliner Senats?

83. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie hoch waren insgesamt die Kosten des Bundes für die Veranstaltung, unterteilt in das Künstlerhonorar, das an UNICEF weitergegeben wurde, für die Bewirtung der Gäste, bzw. weitere Kosten (Miete etc.)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

84. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Welchen Stand haben die Bemühungen der Bundesregierung um den mehr als zwei Millionen vom Hungertod bedrohten Kambodschanern in Kambodscha selbst und in den Flüchtlingslagern im thailändisch/kambodschanischen Grenzgebiet zu helfen?

85. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Will der Bundesaußenminister seine vor der UN getätigte Aussage „Die Freiheit, den eigenen Staat zu verlassen, ist ein Menschenrecht; aber es ist genauso ein Menschenrecht, in seiner Heimat bleiben zu können“ auch auf die Deutschen unter fremder Verwaltung und Herrschaft bezogen wissen?

86. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Soll das Lob des Bundesaußenministers auf der 34. Generalversammlung der UN vom 27. September 1979 (Bulletin 114, Seite 1059) für die „große Bedeutung“ der „Bewegung der Ungebundenen“, die sie „für die Behauptung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ihrer Mitgliedstaaten und damit für die weltweite Stabilität“ als bleibende „starke Kraft für Frieden, Stabilität und Fortschritt in der Welt besitzt“ anzeigen, daß auch die Bundesrepublik Deutschland später in diesem Wege einen Zustand des Friedens für Europa anstreben will, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Freiheit wiedererlangt?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Rechte deutscher Staatsangehöriger im belgischen und niederländischen Grenzgebiet zu wahren, die dort bislang ihren zweiten Wohnsitz hatten, insbesondere als Studenten der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen, die nun aber nach einer rechtlichen neuen Regelung in Belgien dort ihren ersten Wohnsitz haben sollen mit allen Folgen der Integration in das belgische oder niederländische Steuer- und Sozialsystem?

2. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die unverzügliche Schaffung einer deutsch-niederländischen und deutsch-belgischen Grenzgängerkommission die Wahrung der Rechte der Bürger im Grenzgebiet wirkungsvoller und in einem europäischen Geiste gewährleistet werden kann, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

3. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Werden durch die Bundesregierung immer weniger berufserfahrene Lehrer an Auslandsschulen vermittelt – wie das Ministerium für Kultur und Sport des Landes Baden-Württemberg meint –, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, diese Entwicklung positiv zu beeinflussen?

4. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Verteilung von Hilfsgütern in Kambodscha auch ausländischen Hilfsorganisationen, wie z. B. der englischen Hilfsorganisation Oxfam, zu übertragen?

5. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß der Vanadium-Vorvertrag Polens technologischen Lücken und durch neue Bürgschaften der Zahlungsbilanz, somit dem Regime in der Krisenlage, entscheidend hilft, und welche Gegenleistungen Polens zur menschlichen Entspannung gibt es dafür?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die KPD-ML, Gesellschaft der Freunde Albaniens, ebenso wie bisher die KPD-ML, Fraktion „Roter Morgen", in Übereinstimmung mit dem Bundesinnenministerium als gemeinnützig anerkannt und damit auch vom Bundesfinanzministerium die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden zuerkannt ist?

7. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche weiteren kommunistischen und marxistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland gegebenenfalls ebenso die Gemeinnützigkeit und damit die Steuerabzugsfähigkeit von Spenden genießen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen eine solche Entwicklung zu tun?

8. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei diesen kommunistischen-marxistischen Gruppierungen, wie z. B. der Gesellschaft der Freunde Albaniens, u. a. auch die Kosten für Reisen in den Ostblock als Schulungsreisen steuerlich von den Mitgliedern geltend gemacht werden können, und wenn ja, kann die Bundesregierung dies für die Zukunft ausschließen?

9. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Trifft es zu, daß bei Spätaussiedlern erst nach Ablauf einer Aufenthaltsfrist von fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland eine Anstellung – auch in geringster Position – in einem Bundesministerium oder in ähnlichen dem Bund unterstellten Verwaltungseinrichtungen möglich ist, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls eine Möglichkeit, diese mit z. T. großer Härte für die betroffenen Arbeitssuchenden verbundene Regelung zugunsten einer abgestuften Regelung abzubauen?

10. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie viele Frauen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland sind mit Männern ausländischer Staatsangehörigkeit verheiratet, und wie viele Männer deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland sind mit Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit verheiratet?

11. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie viele mit deutschen Frauen verheiratete ausländische Ehemänner und wie viele mit deutschen Männern verheiratete ausländische Ehefrauen sind 1978 aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen worden?

12. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mitteilen, ob Befürchtungen zutreffend sind, daß Giftmüllskandale wie in Hamburg auch im Bereich des Rheins denkbar sind, und welche Möglichkeiten sieht sie gegebenenfalls, solchen Gefährdungen zu begegnen?

13. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, für die Unterkunft der Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel des Technischen Hilfswerks ein gemeinsames Gebäude in Angriff zu nehmen, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Selbständigkeit und örtlichen Nähe der beiden Ortsverbände von ihrem Fusionsplan wieder Abstand zu nehmen?

14. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung ein Bedürfnis, und wenn ja, welche Möglichkeiten, dem Umstand abzuhelfen, daß in ein Beamtenverhältnis berufene Personen, insbesondere Hochschullehrer, die Ausländer sind, einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, die – auch bei Lebenszeitbeamten – zumindest in den Anfangsjahren nur befristet erteilt wird?

15. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, und wenn ja, in welcher Form und wann, eine Initiative zur Lösung dieser deutlichen Inkongruenz zwischen Beamten- und Ausländerrecht zu ergreifen?

16. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß für vier Vorhaben der Trinkwasserversorgung im Bereich der Stadt Mechernich (Kreis Euskirchen) 911 000 DM an Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes im Jahr 1978 zwar bereitgestellt sind, daß aber bei der Stadt Mechernich ein derartiger Bewilligungsbescheid nicht vorliegt, und wie erklärt sich die Bundesregierung diesen Vorgang?

17. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bereits gezahlte Beihilfen aus Bundesmitteln für Vorhaben der Trinkwasserversorgung in der Stadt Mechernich zurückgefordert worden sind, weil angeblich die wasserwirtschaftlichen Richtlinien nicht eingehalten worden seien, und handelt es sich hierbei um die Bundesmittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes im Jahr 1978?

18. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Stellt die Bundesregierung Überlegungen an, einen neuen Gerichtszweig für Umweltrecht zu schaffen, indem sie etwa Landgerichte, Oberlandesgerichte und einen Bundesgerichtshof für Umweltsachen (BGU) gesetzgeberisch initiiert, die jeweils auch mit naturwissenschaftlich ausgebildeten Juristen besetzt sind?

19. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die Besitzer – bzw. bei Kapitalgesellschaften deren Vorstände und das leitende Management – von Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten und bei lebens- und verteidigungswichtigen Unternehmen deren Besitzer bzw. Vorstände und das leitende Management generell bei ihrer Bestellung bzw. bei ihrem Amtsantritt – zumindest stichprobenweise – vom Verfassungsschutz sicherheitspolitisch überprüft werden?

20. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Aus welchem Grund wird – falls dies nicht der Fall ist – eine generelle Sicherheitsüberprüfung der Betriebsräte solcher Unternehmen, nicht aber der Geschäftsleitungen und des Managements für erforderlich erachtet?

21. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das Ergebnis eines von der britischen Regierung eingesetzten Arbeitsausschusses von zwölf Wissenschaftlern und Ärzten bekannt, wonach die Senkung des Bleigehalts im Treibstoff von derzeit 0,45 Gramm pro Liter in Großbritannien nicht nötig sei, weil die Menge des mit der Nahrung, dem Wasser, durch Farben und Kosmetika aufgenommenen Bleis viel größer sei als das in den Autoabgasen, und gedenkt die Bundesregierung, entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen?

22. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, um welchen Betrag sich durch die Senkung des Bleigehalts in der Bundesrepublik Deutschland die Kosten für Super- und Normalbenzin erhöht haben, und welche Auswirkungen dies auf den Energieverbrauch bei der Treibstoffherstellung hat?

23. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang der Verbrauch an Super- und Normalbenzin durch das Benzinbleigesetz infolge der Notwendigkeit, in vielen Automotoren die Kompression herabzusetzen, angestiegen ist?

24. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung neue Erkenntnisse darüber vor, ob und in welcher Form das Blei im Auspuffgas auf den menschlichen Körper wirkt?

25. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welche Verbesserung ergibt sich für die zivile Verteidigung in finanzieller und quantitativer Hinsicht auf Grund des von der Bundesregierung vorgelegten Einzelplans 36 im Verantwortungsbereich des Bundesinnenministers und bei den einzelnen Hilfsorganisationen?

26. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wird es im Rahmen der Finanzansätze für das Jahr 1980 möglich sein, die bei den THW-Ortsverbänden des gesamten Ortenaukreises aus Altersgründen abgesprochenen Hanomag-Lastkraftwagen durch neue Fahrzeuge zu ersetzen, um die derzeit auf die Hälfte reduzierte Einsatzbereitschaft wieder voll herzustellen?

27. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Inwieweit wird es mit den für 1980 angeforderten Mitteln möglich sein, mehr Schutzräume für die Zivilbevölkerung zu schaffen, um von dem derzeit unbefriedigenden Zustand, der nur 3 v. H. der Zivilbevölkerung Schutzräume bietet, loszukommen und sich dem Vorbild anderer westeuropäischer Staaten, insbesondere Schweden und der Schweiz, zu nähern?

28. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, entlang der K 3750, soweit diese innerhalb der Gemeinde Ottersweier als Umgehungsstraße im Zuge des Ausbaus der B 3 benutzt wird, Gehwege als Folgemaßnahme der Verkehrsumleitung anzulegen und zu finanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

29. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Warum hat der Bundesjustizminister nach den neuesten Feststellungen der Staatsanwaltschaft Hagen selbst von jedem Versuch abgesehen, die Ermittlungsergebnisse über die Ermordung von über 6 000 Deutschen in Lamsdorf den polnischen Strafverfolgungsbehörden auch nur zu übermitteln, um in Wahrung der Menschenrechte der Gefolterten zu prüfen, ob die Volksrepublik Polen mit doppeltem Maß Morde behandelt und um die Verleumdungen abzuwehren, bei den Hinweisen auf diese Morde handle es sich nur um Greuelpropaganda?

30. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit gesetzgeberisch zu tun, um die derzeitige Gefährdung des effektiven Rechtsschutzes durch faktische Rechtsverweigerung – mehrjährige Wartezeiten bis zur erstmaligen Anberaumung eines Verhandlungstermins insbesondere bei erstinstanzlichen Verwaltungsgerichten – im Sinne von Artikel 19 Abs. 4 des Grundgesetzes umgehend zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

31. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wieviel Kaufanträge liegen der Bundesvermögensverwaltung bezüglich bundeseigenen Geländes in der Gemarkung der Marktgemeinde Wildflecken, Landkreis Rhön-Grabfeld, Bayern, vor?

32. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Von wann stammen die Anträge im einzelnen, und wie ist der jeweilige Verfahrensstand?

33. Abgeordneter **Dipl.-Ing. Jung** (FDP)

Wird sich die Bundesregierung bei ihren Überlegungen, die Mineralölsteuerfreiheit für Luftfahrtbetriebsstoffe einseitig nur beim Luftsport aufzuheben, berücksichtigen, daß die Hälfte der Mineralölsteuer von 0,44 DM je Liter für die Finanzierung des Bundesfernstraßen- und Bundesautobahnbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs, des kommu-

nalen Straßenbaus im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und für andere verkehrspolitische Aufgaben (Deutsche Bundesbahn) zweckgebunden ist?

34. Abgeordneter **Dipl.-Ing. Jung** (FDP)

Wird die Bundesregierung im Falle einer einseitigen Aufhebung der bestehenden Mineralölsteuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe zu Lasten des Luftsports wenigstens eine Rückvergütung dieser zweckgebundenen Anteile in Höhe von 0,22 DM je Liter in Erwägung ziehen?

35. Abgeordneter **Dipl.-Ing. Jung** (FDP)

Wird angesichts der Tatsache, daß die Mineralölsteuermindereinnahmen für Luftfahrtbetriebsstoffe insgesamt ca. 350 Millionen DM ausmachen, demgegenüber der darin enthaltene Anteil für den Luftsport nur ca. 1,5 bis 2 Millionen DM (= 0,5 v. H.) beträgt, durch eine derartige Ausnahmeregelung zu Lasten einer Sportart nicht ein Verwaltungsmehraufwand entstehen, der in keinem Verhältnis zum Ertrag steht?

36. Abgeordneter **Dipl.-Ing. Jung** (FDP)

Werden die Argumente des Bundesverkehrsministers gegen die Einführung einer Autobahngebühr, daß nämlich die Finanzierung des Straßenbaus in der Bundesrepublik Deutschland über einen dafür zweckgebundenen Anteil der Mineralölsteuer erfolgt, der von den Benutzern der Straßen aufgebracht wird, nicht durch die vorgesehene Änderung entkräftet?

37. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die prozentual geringe deutsche Mitarbeiterzahl von nur 2,87 v. H. (147 von 5 116) aller Beschäftigen der Weltbank bei einem gezeichneten Kapital von 6,08 v. H. und 5,52 v. H. der gesamten Stimmrechte?

38. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang an konkrete Schritte zur Verbesserung dieser ungünstigen Situation?

39. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Finanzgerichts Bremen (vgl. Urteil vom 16. März 1979, I 137/78), daß das Anbringen einer Vorhangfassade an einem Wohngebäude eine Maßnahme ist, die ausschließlich zum Zweck des Wärmeschutzes vorgenommen wird, wenn sie zusammen mit einer weiteren Wärmeschutzmaßnahme in Form von Dämmstoffen durchgeführt wird mit der Folge, daß auch die Kosten der Vorhangfassade erhöht absetzbar sind nach § 82 a Abs. 1 EStDV, und ist der Bundesfinanzminister gegebenenfalls bereit, für eine diesbezügliche Anwendung seines Erlasses vom 28. Februar 1978 durch die Finanzämter Sorge zu tragen?

40. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Mit welchen Steuermehreinnahmen ist – abweichend von der Steuerschätzung im Mai 1979, die die Erhöhung der Steuereinnahmen im Jahre 1979 „nur" um 6,1 v. H. und die Lohnsteuereinnahmen lediglich um 3,9 v. H. prognostizierte – nach heutigem Informationsstand zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

41. Abgeordneter **Spilker** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verwendung von Treibgas anstelle von Benzin in Automotoren einen sinnvollen Beitrag zum angestrebten Ersatz des Erdöls als Brennstoff durch an-

dere Energieträger darstellt, und ist sie bereit, zur Förderung der nötigen Umstellungsmaßnahmen das Treibgas durch Befreiung von der Mineralölsteuer wirtschaftlicher werden zu lassen?

42. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wie hoch sind die Zuschüsse aus dem Europäischen Regionalfonds 1979 für das Saarland, und wieviel Projekte werden damit gefördert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

43. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Was hat die Bundesregierung in Sachen des infolge der Energieverteuerung verschärften Wettbewerbs vor allem mit den Niederlanden beim Unterglasgartenbau, aber auch bei der Kutterfischerei, bewirkt?

44. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Sind im vergangenen Jahr die deutschen Agrarimporte aus Entwicklungsländern um 9,5 v. H. auf nur noch 9,9 Milliarden DM geschrumpft, und wenn ja, liegt das – wie der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 11. September 1979 meint – am „EG-Protektionismus", da zunehmend die Zoll- und Referenzpreis- sowie Schutzsysteme zu wirken begännen und viele Frucht- und Gemüsearten ganzjährig mit hohen Zöllen belastet seien, obwohl sie während der Wintermonate in Europa keine Gemeinschaftsprodukte beeinträchtigten?

45. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Welchen Stellenwert nehmen sogenannte alternative Landbaumethoden in der Agrarpolitik der Bundesregierung ein, und wie ist diese Entwicklung insgesamt zu beurteilen?

46. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung zu den Ergebnissen des Welternährungsrats der Vereinten Nationen in Ottawa, und welche konkreten Schritte in die aufgezeigte Richtung werden bereits getan bzw. sind in absehbarer Zeit möglich?

47. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Inwieweit sind – etwa auf Grund des Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes oder anderer bundesrechtlicher Bestimmungen – bei der Städteplanung Begrünungspläne ebenso obligatorisch wie Vorschriften über Parkplätze, Verkehrswege und dergleichen?

48. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wertet die Bundesregierung die bisher gemachten Erfahrungen mit dem biologischen Landbau aus, und wie steht sie dazu?

49. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Ist sie bereit, die Alternative des biologischen Landbaus staatlich zu fördern, um genauere Daten über Ertrag, Kostenminderung, Bodenfruchtbarkeit usw. zu erhalten?

50. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß biologischer Landbau nicht nur durch Ersatz von umweltgefährdenden Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen aktiven Umweltschutz betreibt, sondern auch einen Beitrag zur Energieeinsparung durch den Ersatz künstlicher energieintensiver Stickstoffprodukte (Kunstdünger) leisten könnte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

51. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung durch das im Bundeshaushalt, Einzelplan 10, geförderte Modellvorhaben „Arbeitswirtschaftliche Entwicklungs- und Anpassungsmaßnahmen" in der Stadt Niederstetten (Main-Taunus-Kreis), und welche Instrumente setzt sie dafür ein?

52. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wie ist die Finanzierung des Modells mit dem Land Baden-Württemberg abgesprochen, welche Mittel hat die Bundesregierung schon aufgewendet bzw. will sie noch aufwenden?

53. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit ihrem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Stadterneuerung in Niederstetten, und welche Mittel sind seit 1973 aus dem Bundeshaushalt aus mehreren Einzelplänen für Niederstetten bewilligt worden bzw. sollen bewilligt werden?

54. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Welche Bundesmittel werden seit 1973 für Vorhaben in den Städten Bad Mergentheim und Weikersheim (Main-Tauber-Kreis) bewilligt, und wurden die damit verbundenen Ziele erreicht bzw. Auflagen erfüllt?

55. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind Befürchtungen zutreffend, daß die Verwendung von Stickstoffdünger über die Bildung von Lachgas indirekt zu einem Abbau der schützenden Ozonschicht in der Stratosphäre beitragen könnte, und hat sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ein Urteil über neuere Forschungsergebnisse von Wissenschaftlern des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums zu diesem Sachverhalt gebildet, die in „Science" Band 205, Seite 1125, mitgeteilt wurden?

56. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Sinne eines wechselseitigen kooperativen Föderalismus und als Zeichen ihrer nationalen und internationalen Verantwortung für die in der Bundesrepublik Deutschland gelegene weltweit beachtete Fossilfundstätte „Grube Messel" unmittelbar oder mittelbar auf die zuständigen hessischen Behörden und auf die hessische Landesregierung einwirken, um dieses anerkanntermaßen einzigartige Bodendenkmal für Naturfreunde, für die Wissenschaft und für die Nachwelt zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

57. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Wird – wie der Spiegel Nummer 39 vom 24. September 1979 meldete – der Hamburger Reeder Joachim Drescher, der per Mannschaftswechsel während der Fahrt und durch andere Maßnahmen Bestimmungen der Seeberufsgenossenschaften unterläuft, mit Subventionen aus dem Bundeshaushalt gefördert, und welche Möglichkeiten bestehen, sinnvolle Anwendung von Subventionen besser zu überwachen?

58. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit zu § 94 des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach ein über 80 vom Hundert des Arbeitsentgelts hinausgehender Zuschuß grundsätzlich nicht gewährt werden darf (einzige Ausnahme für Maßnahmen im sozialen Bereich)?

59. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Auslegung im Widerspruch steht zu der Auskunft, die der Bundesarbeitsminister mir mit Schreiben vom 29. März 1979 auf meine parlamentarische Frage Nr. B 72 und mit Schreiben vom 19. April 1979 der Stadt Papenburg gegeben hat?

60. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit deutlich zu machen, daß in Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch künftig höher als zu 80 v. H. des Arbeitsentgelts gefördert werden können, und zwar über den von der Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Runderlaß genannten Fall der sozialen Maßnahmen hinaus?

61. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt und gegebenenfalls welche, in denen die Bundesanstalt für Arbeit Bewerber für den höheren Dienst trotz guter Qualifikation, nur auf Grund ihrer Behinderung abgelehnt hat?

62. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

Wie viele behinderte Bewerber für den höheren Dienst sind vom Bundesarbeitsministerium und den nachgeordneten Dienststellen eingestellt bzw. abgelehnt worden, und sind die Ablehnungen gegebenenfalls mit der Art und Schwere der Behinderung begründet worden?

63. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Auf welchen Rechtsgrundlagen beruht die Aufstockung des arbeitsmarktpolitischen Programms der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen von 500 Millionen DM auf rund 900 Millionen DM, und welchen Verfahrensweg sind die Beteiligten bei der Aufstockung gegangen?

64. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Inwieweit wurden die vom Bundeskabinett für die drei Bereiche berufliche Qualifizierung, Wiedereingliederung schwer vermittelbarer Arbeitsloser und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschlossenen Ansätze nachträglich geändert?

67. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Wie werden Umschichtungen zugunsten der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von der Bundesregierung arbeitsmarktpolitisch beurteilt?

65. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in das Gesetz über unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr auch die Benutzung von Eilzügen im Nahbereich von 50 km miteinzubeziehen, da gerade in den ländlichen Bereichen im Rahmen der Streckenstillegung viele Personenverkehrsverbindungen entfallen und dadurch nur die Eilzüge benutzt werden können?

66. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, bei der Benutzung von Eilzügen durch Schwerbehinderte im Nahbereich von 50 km lediglich den Eilzugzuschlag zu fordern, und ist sie bereit, das Gesetz über unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr entsprechend zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

68. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Sind die im Zusammenhang mit dem Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim geplanten drei Nato-Baumaßnahmen (Sanierung des Entwässerungs- und Abscheidungssystems) zwischenzeitlich abgeschlossen, und wenn nein, welche Gründe stehen der Durchführung dieser Maßnahmen entgegen?
69. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Bis wann ist mit dem endgültigen Abschluß der Generalisierung des Flugplatzes Wiesbaden-Erbenheim zu rechnen?
70. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Welche Pläne bestehen, um die außerordentlich geringe Zahl von Parkplätzen für Kunden der Deutschen Bundesbahn am Bahnhof Bebra in absehbarer Zeit zu erhöhen, und wann ist mit einer Ausführung dieser Pläne zu rechnen?
71. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)	Liegen bereits Erkenntnisse darüber vor, wie sich das auf dem Gelände der Firma Stoltzenberg vorgefundene und zu den Dienststellen der Bundeswehr transportierte Material einzeln nach Art und Menge zusammensetzt?
72. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)	Wo und wann wurden die auf dem Gelände der Firma Stoltzenberg gefundenen Tabun-Granaten in Auftrag gegeben und hergestellt?
73. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Orte, bei denen lärmverstärkende Verhältnisse (wie z. B. beim niedersächsischen Dölme bei Bevern durch eine lärmverstärkende Felswand) vorliegen, aus dem Übungsbereich für militärische Tiefflüge auszusparen, und so die – durch oft bis tief in die Nachtstunden durchgeführten Übungsflüge – kaum ertragbare Lärmbelästigung der dort lebenden Bevölkerung zu beheben?
74. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Können Meldungen bestätigt werden, nach denen im Oktober 1979 erhebliche Mengen an Übungsmunition im Kreis Rendsburg-Eckernförde u. a. auf einer Müllkippe nach einem Manöver von Kindern gefunden wurden, die damit in Schulen einen schwunghaften Handel trieben und damit sich und andere in Gefahr brachten, und wenn ja, wieviel Munition, Ausrüstungsgegenstände (wie z. B. Parkas und Tarnnetze) sind hier von der Truppe zurückgelassen worden?
75. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wie wird künftig sichergestellt, daß die Bundeswehr in Manövergebieten nicht Übungsmunition zurückläßt, die die Bevölkerung – insbesondere auch Kinder – in Gefahr bringt?
76. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Mit welchen der vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. von Bülow bei seinem Besuch in der Garnisonstadt Weingarten im April dieses Jahrs in Aussicht gestellten Bundeszuschüsse kann noch gerechnet werden, und welches sind die Gründe, die nach Auffassung der Bundesregierung zu einer Versagung der Zuschüsse in den übrigen Fällen führen?

77. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Was hat das Bundesverteidigungsministerium veranlaßt, mit einem vom 31. Juli 1979 datierten und am 5. August in Weingarten eingegangenen Brief eine örtliche Besprechung über die Zufahrtstraße zum Übungsgelände Nessenreben noch im Juli anzukündigen, die niemals stattgefunden hat?

78. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen britischer Militärpolizei, anläßlich von Terroranschlägen auf dem Gebiet des von der britischen Rheinarmee und der NATO gemeinsam genutzten Hauptquartiers in Mönchengladbach-Rheindahlen, außerhalb umfriedeten Geländes zivilen Kraftfahrern zu untersagen, das Gebiet des Hauptquartiers ungehindert durchfahren zu können, ohne daß deutsche Polizei bei diesen Anordnungen zugegen war, und stimmt dieses Vorgehen mit den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich geschlossenen Verträgen überein?

79. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Welchen vertraglichen Vereinbarungen entspricht es, auf dem Gelände des Hauptquartiers Mönchengladbach-Rheindahlen die Straßenbezeichnungen grundsätzlich nicht in der deutschen Sprache vorzunehmen, und ist diese Praxis allgemein auf dem Gelände üblich, das von den verbündeten Streitkräften auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland genutzt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

80. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bewogen, ihre früheren Zusagen auf Mitfinanzierung von Drogenberatungsstellen bis zu 80 bzw. 50 v. H. nunmehr gänzlich zurückzuziehen, und wie läßt sich die finanzielle Nichtbeteiligung des Bundes bei der Drogenberatung zu Lasten der Länder, Kommunen und sonstiger caritativer Einrichtungen in Einklang bringen mit der Tatsache, daß die Rauschgiftsucht ein bundespolitisches Problem darstellt?

81. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die vielfach geäußerte Auffassung, daß die Pflege und Betreuung von Behinderten im häuslichen Lebenskreis einer Heim- oder Anstaltsunterbringung vorzuziehen ist, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Änderung des § 43 des Bundessozialhilfegesetzes in der Bekanntmachung der Neufassung vom 15. Februar 1976 (BGBl. I S. 289) anzustreben und im Unterschied zum geltenden Rechtszustand (§ 69 Abs. 3 des Bundessozialhilfegesetzes) auch die Betreuung und Versorgung eines Behinderten in der Familie durch eine vollständige Übernahme der Pflegekosten durch die Träger der Sozialhilfe zu gewährleisten?

82. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in letzter Zeit häufig Fälle aufgetreten sind, in denen Kinder und Jugendliche leicht zugängliche Ärzteabfälle in die Hand bekommen haben, wobei sie gesundheitlichen Schäden ausgesetzt werden, und ist die

Bundesregierung der Auffassung, daß die Vorschriften im Abfallbeseitigungsgesetz ausreichend sind und verhindern können, daß die oben erwähnten Mißstände auftreten können?

83. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die auf freiwilliger Basis initiierten Anregungen des Rheinisch-Bergischen Kreises an die Ärzte und Apotheker im Kreisgebiet, die Arzneimittelröhrchen völlig zu entleeren und den Inhalt zu zerkleinern, Ampullen zu öffnen, bzw. Injektionsmaterialien entweder zu zerlegen (Zylinder und Kolben zu trennen) oder den Kolben mit der Injektionsnadel zu verkeilen, möglichst auch derartig behandelte oder unbrauchbar gemachte Materialien tief in den Müllgefäßen unterzubringen, zur Verhinderung möglicher Gefahren für ausreichend und nachahmenswert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

84. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es im Transitverkehr auf der Schiene an den Grenzbahnhöfen der Bundesrepublik Deutschland z. T. erhebliche Aufenthalte gibt, und worauf führt die Bundesregierung diese Wartezeiten zurück?

85. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor oder kann sie Beobachtungen bestätigen, daß die Grenzkontrollen der DDR-Behörden sich in der international üblichen zeitlichen Länge bewegen und daß die Verzögerungen durch im Gegensatz dazu langwierige und umständliche Kontrollen der Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland verursacht werden?

86. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die langen Wartezeiten der Züge, wenn sie durch langatmige Kontrollen unserer Grenzbeamten verursacht werden, auf ein Minimum zu reduzieren?

87. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. T. erhebliche Wartezeiten an den Grenzbahnhöfen durch mehrfachen Wechsel der Lokomotiven entstehen, so z. B. auf der Strecke nach Frankfurt, wo an den Übergängen Gerstungen (DDR) und Bebra jeweils 20 Minuten, beim Nachtzug allein in Bebra 38 Minuten, vergehen, bis die Züge weiterfahren können, weil in Gerstungen die Lokomotive der Reichsbahn ab- und eine Diesellok der Deutschen Bundesbahn angekoppelt wird, die den Zug bis Bebra bringt, wo wiederum die Diesellok durch eine E-Lok der Deutschen Bundesbahn ersetzt wird, und wie gedenkt die Bundesregierung diesen Zustand zu ändern?

88. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Sind der Bundesregierung Untersuchungen der Pädagogischen Hochschule Freiburg über den Verkehrsunterricht an Schulen bekannt, wonach zwar 96 Prozent der Lehrer den Nutzen anerkennen, jedoch nur ein Viertel der befragten Pädagogen sich für die Erteilung des Verkehrsunterrichts ausreichend befähigt halten, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und bisherigen Bemühungen zur Verbesserung der Verkehrserziehung von Schulkindern, um diesen unerfreulichen Zustand verbessern helfen zu können?

89. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Sicherheit auf dem Nord-Ostsee-Kanal gewährleistet, obwohl die Lotsen an Bord der durch den Kanal fahrenden Schiffe keine eigenen UKW-Funkgeräte haben, um sich von Schiff zu Schiff in besonderen Gefahrensituationen verständigen zu können, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
90. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Ist geplant, in das vorgesehene deutsch-tschechoslowakische Binnenschiffahrtsabkommen auch den Rhein-Main-Donaukanal einzubeziehen und alle betroffenen Bundesländer an den Verhandlungen zu beteiligen?
91. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Bildung von Fahrgemeinschaften auf dem flachen Land einerseits und beim Pendelverkehr in Ballungsräumen andererseits gezielt und konsequent zu fördern?
92. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, zusätzliche Parkplätze an Bundesautobahnauf- und -abfahrten einzurichten, damit diese als Sammelparkplätze zum Abstellen der Fahrzeuge der dort sich aus einem Einzugsgebiet treffenden Arbeitskollegen genutzt werden, um zur Ersparnis von Kraftstoff gemeinsam in einem Auto zur Arbeitsstelle fahren zu können?
93. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)	Ist es richtig, daß die höchsten Defizite des MVV nicht in der Landeshauptstadt, sondern in der Region München eingefahren werden?
94. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)	Sind der Bundesregierung irgendwelche nennenswerten Versuche von Behörden bekannt, die Landkreise der Region zur Verringerung des Defizits heranzuziehen?
95. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Nordumgehung der B 10 im Raum Mühlacker zur Ausschaltung der Ortsdurchfahrt in Angriff zu nehmen, und welche Kosten werden bei dieser Maßnahme erwartet?
96. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Welche Kosten-Nutzen-Relation hat die Bewertung der Verbindungsstraße zwischen B 463, B 294, B 10 und A 8 im Westen Pforzheims (Westtangente) bei den Bewertungen zur Fortschreibung des Bundesfernstraßenbedarfsplans erbracht, und wird diese Baumaßnahme in den Entwurf der Bundesregierung zur Fortschreibung des Bundesfernstraßenbedarfsplans aufgenommen?
97. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die in der Anlage zu Einzelplan 12 des Entwurfs zu dem Bundeshaushalt 1980 als vorbehalten bezeichneten 26,5 Millionen DM für die Verlegung der B 10 bis zur B 294 für diese Verbindungsstraße bereitzustellen, da der Gemeinderat der Stadt Pforzheim beschlossen hat, den Neubau der B 10 auf einer das Stadtgebiet Pforzheim nördlich umgehenden Trasse zurückzustellen?

98. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Brücken über die Bundesautobahnen zu einem Großteil nicht den Sicherheitsbestimmungen der Bauverordnungen entsprechen und für Autofahrer eine permanente Gefahr bilden, wie aus dem Urteil von Bauexperten (s. „Der Spiegel") hervorgeht, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Sicherheit für die Benutzer der Autobahnen zu gewährleisten?

99. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Wurden bei der Eröffnung der erweiterten Autobahnraststätte Grundbergsee an der Bundesautobahn Bremen – Hamburg A 1 und der Neueröffnung des 100. rollstuhlgerechten Behinderten-WC nach DIN-Norm von der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahn mbH öffentliche Mittel verwandt, und wenn ja, in welcher Höhe?

100. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Ausbau der B 469 in der Öffentlichkeit im Landkreis Miltenberg zu sehr unterschiedlichen Meinungen über eine vierspurige bzw. zweispurige Fahrbahn geführt hat, und ist die Bundesregierung bereit, vor endgültigen Festlegungen der künftigen Ausbaubreite der B 469 nochmals alle Argumente zu prüfen bzw. die betroffenen kommunalen Gremien und Parteien anzuhören und zu informieren?

101. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob nach dem Verzicht auf die Durchführung des ursprünglichen Streckenstillegungskonzepts auch die Absicht entfallen ist, den Schienenverkehr auf der Strecke Walsrode – Visselhövede einzustellen?

102. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die o. g. Strecke für das betroffene Gebiet von großer raumordnerischer Bedeutung ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

103. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob nach der neuen Situation auch weiterhin die Absicht besteht, den Schienenverkehr auf der Strecke Visselhövede – Langwedel – Uelzen einzustellen?

104. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Ausschreibungen für die Verlegung der B 3 bei Darmstadt-Eberstadt, zweiter Bauabschnitt, gediehen, und für wann ist mit dem Baubeginn dieses Straßenteils zu rechnen?

105. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie ist der Planungsstand für die Verlegung der B 426 bei Darmstadt-Eberstadt, und zu welchem Zeitpunkt ist mit dem Baubeginn dieses Bauabschnitts zu rechnen?

106. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Hat die Deutsche Bundesbahn von der Landeshauptstadt München eine Erhöhung der MVV-Tarife im Bereich München verlangt, und gegebenenfalls in welcher Höhe?

107. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Trifft es zu, daß seitens der Deutschen Bundespost ein gewisser Druck auf die Gemeinden dahin gehend ausgeübt wird, daß historisch überkommene Ortsnamen in den Gemeinden, die von der Verwaltungsreform betroffen sind, nicht mehr in der Anschrift verwendet werden und einen numerischen Zusatz erhalten, anstatt die bisherigen Ortsnamen mit Bindestrich an die neue Ortsbezeichnung anzuschließen?

108. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Bedeutet es für die Deutsche Bundespost einen administrativen Mehraufwand, wenn die mit Postleitzahl versehene politische und traditionelle Ortsbezeichnung weiterhin Verwendung findet, und wie hoch ist dieser Aufwand im Vergleich zu der Zahlenverwendung?

109. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost auf dessen Sitzung am 9. November 1979 zum Tagesordnungspunkt „Gebührensenkungen im Fernmeldebereich" auch eine Ausdehnung des Nahbereichsradius von 20 auf 25 Kilometer vorzuschlagen, und falls nicht, womit wird dies begründet?

110. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wäre eine Ausdehnung der Nahbereichsgrenzen auf 25 Kilometer nicht auch nach Auffassung der Bundesregierung eine sinnvolle und bürgernahe Gebührensenkung, wenn man die zahlreichen der Bundesregierung bekannten Fälle bedenkt, in denen wegen geringfügiger Überschreitung der 20 Kilometergrenze Gemeinden nicht zum Nahbereichstarif mit der Kreisstadt telefonieren können, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß viele Anliegen der Bürger nicht von den Gemeinden, sondern in den Kreisverwaltungen bearbeitet werden?

111. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung dieses Problem unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Bewohner von kreisfreien Städten, also in Ballungsgebieten, die zuständigen Behörden schon heute zum Ortstarif und demnächst im Nahbereich erreichen können und vielen Telefonkunden des ländlichen Raums, oft wegen weniger Entfernungsmeter auch zukünftig dies verwehrt werden soll?

112. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Welchen Ausgleich erhalten die Ortsnetze von Eckernförde und Damp für den Flächenverlust, der durch die Küstenlinie beim Nahbereich verursacht wird (siehe Antwort auf Frage Nr. 59, Stenographischer Bericht über die 176. Sitzung)?

113. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Land Berlin die Deutsche Bundespost an Wochenenden weder Meldungen über Störungen von Fernsprechanschlüssen entgegennimmt noch derartige Störungen behebt?

114. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist angesichts der gerade im Fernmeldeverkehr erzielten Überschüsse beabsichtigt, mit Hilfe dieser Mittel den Entstörungsdienst besser auszubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

115. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Ergebnisse des Projekts mit dem Energie-Experimentierhaus in Aachen bekannt, die nach einer Information des Projektleiters Horst Hörster ergeben haben, daß die verbesserte Wärmedämmung der Häuser die bisher wirksamste und wirtschaftlichste Methode zur Einsparung des immer teurer werdenden Erdöls oder Erdgases sei, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

116. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Treffen Informationen zu, nach denen vielerorts energiesparende Maßnahmen von Hausbesitzern nicht mehr für diese Heizperiode verwirklicht werden können, weil erst nach der Bewilligung durch die Kommunen mit dem Bau begonnen werden kann, und wäre es in diesem Fall nicht sinnvoller, bereits vorfinanzierte Baumaßnahmen nachträglich in die Förderung aufzunehmen?

117. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, das Gesetz zur Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes vom 27. Juli 1978, das den Einbau von wärmedämmenden Fenstern steuerlich anders behandelt als den, doch auch wärmedämmenden Einbau von Rolladen zu ändern?

118. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Für wann ist eine steuerliche Gleichbehandlung beider wärmedämmenden Baumaßnahmen in Aussicht genommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

119. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wird das technische Know-how, das die Ruhrgas AG in Zusammenarbeit mit amerikanischen Unternehmen mit Unterstützung der Bundesregierung bei Projekten der Kohlehydrierung gewinnt, auch anderen deutschen Unternehmen, wie z. B. den Saarbergwerken, zugänglich gemacht werden?

120. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie läßt sich die Äußerung von Bundesminister Dr. Hauff in der ZDF-Sendung „Bilanz" am 3. Oktober 1979, eine weitere Genehmigung von Kernkraftwerken stehe im Augenblick überhaupt nicht zur Debatte, denn der Bundesregierung liege kein einziger Antrag vor, mit der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage B 27 (Drucksache 8/2948, Fragestunde vom 13. Juni 1979) vereinbaren, derzufolge gegenwärtig acht seit Jahren noch nicht genehmigte Anträge nach § 7 bzw. § 7 a des Atomgesetzes vorliegen?

121. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung vergebenen Forschungsaufträge „in einem kleinen Kreis von Hand zu Hand" gehen und daher als „Selbstbedienungsladen" (Parlamentskorrespondenz vom 27. September 1979) bezeichnet werden müssen, und falls ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung zu ziehen?

122. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach die Forschungsarbeit der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung „einseitig ausgerichtet" ist (Parlamentskorrespondenz vom 27. September 1979), und gedenkt die Bundesregierung, daraus Konsequenzen zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

123. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)	Wie kann die Bundesregierung angesichts der Bewilligung der Mittel für den Deutschen Arbeitskreis für die Schülervertretungen (insbesondere zur Finanzierung der SV-Zeitschrift) im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft 1980 die Finanzierung der SV-Zeitschrift 1979 (Entsperrung) sicherstellen?
124. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung hinsichtlich der Hochschulpolitik, insbesondere der Studienreform, die Ergebnisse der vom baden-württembergischen Kultusministerium (Pressemitteilung vom 16. Juli 1979) in Auftrag gegebenen Umfragen zum „Verhältnis von Universität und Gesellschaft", wonach Hochschullehrer, Journalisten und Personalchefs der Privatwirtschaft überwiegend eine gute Meinung über die Entwicklung der Hochschule haben, allerdings noch Probleme in der Berufsvorbereitung durch Hochschulbildung sehen?

Bonn, den 12. Oktober 1979



